

Die wichtigste Apeleinigung wäre: Schlanker Staat



Von PROF. EBERHARD HAMER |

1. Privatisierung

Das Mittelstandsinstitut Niedersachsen hat vor 40 Jahren eine eigene Abteilung „Privatisierung“ gegründet, weil die mittelständischen Unternehmer immer wieder beklagten, dass sie durch staatliche Konkurrenz ausgegrenzt würden. Im Laufe der 40jährigen Forschungen hat das Institut nicht nur die inzwischen berühmte „Privatisierungsformel“ geschaffen, sondern hat auch in hunderten von Fällen errechnet, dass die gleichen Aufgaben im Schnitt etwa ein Drittel teurer in öffentlich-rechtlicher Form durchgeführt werden als sie von privaten Unternehmen zugekauft werden könnten. Das Rationalisierungspotenzial für öffentliche Aufgaben liegt also bei einem Drittel.

Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben wäre deshalb

- „eine Konzentration des Staates auf seine eigentlichen hoheitlichen Aufgaben“
- ein Kostenvorteil von etwa einem Drittel der privatisierten Aufgaben bei gleicher Leistung
- ein Abbau von Staatswirtschaft zugunsten privater Marktwirtschaft.

Das Mittelstandsinstitut fordert deshalb wiederum alle Parteien auf, den zu üppigen, zu fetten und immobilen

Staatsapparat durch Privatisierung ernsthafter als bisher zu verschlanken!

2. Bürokratieüberwälzung

Das Mittelstandsinstitut Niedersachsen hat – ebenfalls auf Anregung der mittelständischen Unternehmen – in der ersten und bisher umfangreichsten Untersuchung aufgedeckt, wie viel Bürokratiepflichten die öffentlichen Behörden den privaten Unternehmen zuweisen, praktisch also die Privatwirtschaft als Hilfsdiener für sich arbeiten lassen. Dies machte pro Betrieb pro Jahr ca. 1000 Stunden und 50.000 D-Mark aus, war aber besonders deshalb mittelstandsfeindlich, weil die gleichen Formulare sich relativ bis 14mal so kostenintensiv für Kleinbetriebe wie für Großbetriebe auswirken und diese unproduktive Tätigkeit in Großunternehmen sogar noch von Auszubildenden oder gering qualifizierten Mitarbeitern gemacht werden, der mittelständische Unternehmer aber seine wertvollen Mitarbeiter dafür nicht einsetzen kann, sondern der teuerste und wichtigste Mann des Unternehmens – der Unternehmer – diesen Unsinn in Zusatz- und Feiertagsarbeit selbst noch erledigen muss. Zum Beispiel müssen die Unternehmen durchschnittlich 100 Stunden statistische Pflichtmeldungen machen. Der Abbau der Totalstatistiken zugunsten von Stichprobenstatistik (wie in den USA), die Abschaffung der Zwangsstatistik durch Erhebung durch private Unternehmen scheiterte aber vor allem an den Kammern, welche diese Statistiken für ihre Existenzberechtigung zu brauchen behaupteten. Ähnlich war es mit anderen bürokratischen Meldungen der Unternehmen an die Sozialorganisationen, welche diese aus eigenen Unterlagen errechnen könnten, aber auf Zwangsdoppelmeldungen nicht verzichten wollten.

Seit der damals alarmierenden Untersuchung des Mittelstandsinstituts Niedersachsen ist die Bürokratieüberwälzung nicht geringer, sondern vor allem um die Euro-Bürokratie noch erheblich erhöht worden. Die Bürokratiepflichten sind deshalb einer der Hauptgründe,

weshalb Unternehmer keine Lust mehr haben, sie ihre Selbständigkeit aufgeben (über 40 Prozent).

Die Fakten liegen seit 40 Jahren vor. Das Übermaß der Bürokratieüberwälzung wurde auch nie bestritten. Warum packt die Politik dieses Thema nicht ernsthaft an, sondern lässt sich von der Bürokratie immer wieder davon abhalten? Entlastung des Mittelstandes wäre nicht nur steuerliche Entlastung, sondern vor allem bürokratische Entlastung!

3. Regulierungswut

Nach dem 2. Weltkrieg waren alle Nazi-Gesetze abgeschafft und hatten die Unternehmer eine einmalige Handlungsfreiheit, die dann zum Wirtschaftswunder geführt hat. Solche Freiheit hat man z.B. den Ostunternehmen nach der Wiedervereinigung nicht gewährt. Seit Jahrzehnten haben nämlich fleißige Politiker und Beamte jährlich hunderte neue Gesetze geschaffen und einen Regulierungsberg aufgetürmt, der immer höher und immer belastender auf dem Handeln der Unternehmer liegt. Viele Einzelregulierungen widersprechen sich sogar. Zwar hilft die Politik Konzernen der internationalen Großunternehmen im Schnellgang (z.B. Tesla), dem Mittelstand aber werden penibel alle Einzelvorschriften abgefordert, zelebriert die deutsche Verwaltung selbst Euro-Vorschriften penibler als jede andere Regierung in Europa. Kein Wunder, dass die mittelständischen Unternehmer in Umfragen Befreiung von der Überregulierung als wichtigste Entlastung vor der Reduzierung ihrer höchsten Steuern in der Welt fordern!

Das Mittelstandsinstitut hat schon seit Jahrzehnten gefordert, die Geltungsdauer aller Gesetze grundsätzlich zeitlich auf zehn Jahre und von Verordnungen auf fünf Jahre zu limitieren, weil es ohnehin ewige Gesetze nicht mehr gibt und die Korrekturdauer immer kürzer geworden ist. FDP und AfD haben gefordert, für jedes neue Gesetz zwei alte Gesetze abzuschaffen. Wie auch immer: Die Regulierungsdichte in Deutschland ist inzwischen schädlich statt nützlich. Jede neue

Regierung muss hier Luft schaffen, wenn die Wirtschaft weiter atmen soll.

4. Marktwirtschaft statt Verwaltungswirtschaft im Gesundheitswesen

In unserem Gesundheitswesen hat sich eine unwirtschaftliche Staatswirtschaft weitgehend erhalten, obwohl längst bewiesen ist, dass alle verwaltungswirtschaftlichen Systeme zu teuer, ineffektiv und verwaltungs- statt kundenorientiert sind. Das Geheimnis der Marktwirtschaft liegt im Marktpreis. Nur wenn dem Konsumenten eine von ihm gewünschte Leistung einen Preis wert ist, wird er sie in der Marktwirtschaft nachfragen und bezahlen. Im Gesundheitssystem dagegen ist der Preis abgeschafft, können die Patienten hemmungs- und kostenlos nachfragen, was sie wollen. Der Preis stört sie nicht, sie sehen ihn nicht einmal, weil die Ärzte direkt mit den Kassen abrechnen und deshalb Patienten wie Ärzte an den höchsten statt geringsten Kosten interessiert sind. Und in den Krankenhäusern werden – wie die Corona-Krise gezeigt hat – zum Teil überflüssige Kapazitäten vorgehalten und Übermengen von Medikamenten bestellt und verabreicht oder Operationen durchgeführt, weil Maximalversorgung statt Optimalversorgung das Prinzip verwaltungswirtschaftlicher Krankenversorgung ist.

Inzwischen kann sogar der Patient selbst bestimmen, ob er krank ist oder nicht, kann sogar telefonisch vom Arzt den Krankenschein abfordern, wenn er keine Lust zur Arbeit hat. Ein Drittel der Krankenscheine sind nach Untersuchungen des Mittelstandsinstituts so nicht krankheits-, sondern faulheitsbedingt, weil ja die Kosten der Lohnfortzahlung ein Dritter – der Unternehmer – zahlen muss.

Solange unser Gesundheitssystem den Nachfrager nichts kostet, wird es missbraucht werden. Dies hat der Ärzteverband selbst zugegeben, als er die Kostenbeteiligung von je 10 Euro für den Arztbesuch mit der Behauptung bekämpfte, dass damit ein Drittel der Patienten nicht mehr kämen (also ein Drittel

unnützlich sei). Wenn aber dem Patienten seine Gesundheit keinen Beitrag wert ist, darf ihm Gesundheitsleistung auch nicht angedient werden. Der Gesundheitsskandal um das Corona-Virus hat bewiesen, dass der Staat ohne Rücksicht auf Kosten Fehlentscheidungen trifft, dass Korruption überhandnimmt, dass es um die Meinung von Politik und Verwaltung, nicht aber um die Eigenverantwortung der Bürger geht.

Es wird höchste Zeit, unser Gesundheitssystem mit Preiselement und marktwirtschaftlicher Kostenbeteiligung auszustatten, statt verwaltungswirtschaftliches Überangebot und Überschusswirtschaft zu betreiben. Widersprüchlich ist auch, dass gerade in einem öffentlichen Sozialsystem Spitzeneinkommen erzielt werden (Ärzte), weil die Anbieter selbst den Umfang ihrer Leistung auf Kosten der Allgemeinheit bestimmen können.

5. Sozialleistung

Ein Drittel unseres Bruttosozialprodukts geht für Sozialleistungen drauf. Wir sind aus einer Leistungsgesellschaft zu einer Sozialleistungsgesellschaft geworden. Für viele Geringverdiener lohnt es mehr, nicht zu leisten und ins Sozialsystem abzufallen, als noch zu leisten und trotzdem weniger zu verdienen. Unser Sozialsystem ist gut gemeint, aber überzogen. Wir bieten nicht nur die höchsten Sozialleistungen in der Welt für alle, die zu uns zu kommen bereit sind, sondern unsere Gerichte haben dies auch für jeden in diesem Lande zum Anspruch erklärt. Kein Wunder, dass die Armen, Gescheiterten und Unproduktiven der Welt dieses Sozialparadies unter allen Umständen zu erreichen versuchen, dass wir durch die Einladung von Merkel eine Völkerwanderung in dieses Sozialsystem ausgelöst haben.

Da aber jährlich 160 bis 200.000 Leistungsträger unser Land verlassen, dagegen 400 bis 500.000 Leistungsnehmer einwandern, werden die Sozialleistungskosten zur Bombe, die zu gesellschaftlichen Explosionen führen muss, wenn

Sozialleistung weltweit so freigiebig angeboten wird.

Die USA bieten 5 Jahre keinem Immigranten einen Dollar, die Dänen haben gerade ein fünfjähriges Ende der Sozialleistungen für alle eingeführt. In Deutschland gibt es Sozialleistung für alle und für alle Zeit, sogar freie Rente. Dass dies nicht zu halten ist, muss irgendwann auch politisch zugegeben werden. Nur traut sich noch keine der Parteien, das inzwischen millionenfach angeschwollene Wähler-Sozialpotenzial aufzuschrecken.

6. Die Rentenbombe

Das Thema Rente wurde vor der letzten Bundestagswahl sorgfältig von allen Parteien vermieden, weil sie wussten, dass hier eine Bombe liegt, welche sie sich nicht anzufassen trauen. Tatsächlich ist die Rente nicht mehr sicher, sondern sicher vor dem Platzen. Die heutige Generation muss wissen, dass sie die Renten nicht mehr bekommt, die sie ihren Eltern gezahlt hat. Waren es 1960 noch mehr als 5 Erwerbstätige, die für einen Rentner zu zahlen hatten, sind dies heute 2,3 Erwerbstätige und in 2050 jeder (1,2). Das hängt mit der Überalterung der originaldeutschen Bevölkerung – den Hauptleistungsträgern – zusammen, aber auch mit der Freigiebigkeit für Fremdrenten und Zuwandererrenten. Schon die heutige erwerbstätige Generation wird in 10 oder 15 Jahren ihren Lebensstandard von der Rente nicht mehr halten können. Viele verarmen. Die von den Liberalen und der Industrie vorgeschlagene Lösung, dafür mehr als eine halbe Million Zuwanderer aufzunehmen, dürfte kontraproduktiv sein, weil selbst nach Angaben der Bundesregierung alle Zuwanderer in das Rentensystem, aber nur 30 % davon in den Arbeitsmarkt einwandern, Zuwanderung per saldo also die Rentenproblematik verschärft statt entlastet. Andere Sozialpolitiker schlagen die Erhöhung der Arbeitszeit (70 oder mehr Jahre) vor. Alle Lösungen sind unpopulär, aber eine Lösung muss her! Vielleicht: Rente nur für ehemalige Zahler?

7. Transfergesellschaft

Wir sind nicht nur eine überregulierte und überbürokratisierte Gesellschaft geworden, sondern haben auch unseren Arbeitsmarkt unter starkem Staatseinfluss immer mehr zu einer Transfergesellschaft verändert. Nur die Hälfte unserer „in diesem Lande lebenden“ Bevölkerung ist erwerbstätig, neben den 5 Millionen Unternehmern nur ca. 37 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Unter diesen aber ist die Zahl der in produktiven Berufen (vor allem dem Gewerbe) Tätigen immer mehr gesunken, während diejenigen, die von dem Sozialproduktbeitrag der Produktiven leben (Angehörige, Rentner, öffentlicher Dienst im weitesten Sinne) vermehrt zugenommen haben. Nicht ohne Grund ist das Sozialgewerbe heute größter Arbeitsmarktsektor. Das hängt damit zusammen, dass im Produktivgewerbe marktwirtschaftlich nur der Leistungsertrag bezahlt wird, das Ergebnis, während in den Transferleistungsberufen sogar unproduktiver Zeiteinsatz bezahlt wird. Und das in der Regel auch noch besser als in den produktiven Gewerben!

Nur ein Teil der Dienstleistungsbereiche ist nämlich voll produktiv (Konstruktion, Forschung, Disposition), andere sind nur teilproduktiv (Logistik, EDV, Vertrieb), produktionsnah (Reinigung, Reparatur, Wartung u.a.) oder indirekt produktiv (Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Recht). Es gibt aber immer mehr Bereiche, die unproduktiv, also Belastung für unseren Wohlstand sind, wie z.B. Öko-Überbürokratisierung, Teile des Gesundheitssystems, 250 Genderlehrstühle und tausende aus öffentlichen Mitteln lebende unwissenschaftliche Ideologie-Organisationen sowie ideologisch oder politisch gegründete Stiftungen, Schlepperorganisationen, Lobbyisten u.a.

Wenn wir unseren Wohlstand halten wollen, müssen wir diesen Ballast abwerfen, müssen wir sparsamer werden, uns wieder auf produktive statt auf Sozial- und Spaßdienstleistungen konzentrieren.

Ausblick:

Die Merkel-Ära hatte erst noch echten Boom und echten Wohlstand. Diese Regierung hat aber Wechselreiterei auf die Zukunft betrieben, nämlich die größte Verschuldung der deutschen Geschichte (2,3 Bio. Euro) angehäuft und darüber hinaus noch zusätzlich für Europa 3 Bio. Euro Schulden der Pleiteländer, Zombie-Banken und -Unternehmen verbürgt, also eine Schuldensumme entstehen lassen, die nie wieder zurückgezahlt werden kann, die nur noch künstlich durch Nullzins der Zentralbanken bedienbar war, in der entstehenden Inflation jetzt nicht mehr bedienbar ist und zu einer Generalbereinigung durch galoppierende Inflation, Währungsreform und Crash drängt. Jedenfalls wird der Staat die bisherigen Ausgaben nicht mehr leisten können, solange der sinkende produktive Anteil der Bevölkerung in der Wertschöpfung zurückfällt. In den letzten zehn Jahren der Merkel-Regierung hat nicht nur ihre Regierung aus Schulden, sondern auch wir alle über unsere Verhältnisse gelebt (Scheinblüte), werden wir dies bezahlen müssen und wird auch der Staat die bisherige Üppigkeit nicht mehr halten können.

Die kommende Regierung wird möglicherweise den größten Wirtschaftszusammenbruch der deutschen Geschichte erleben und wird dann voraussichtlich wie immer in der Geschichte von den enttäuschten Wählern vertrieben werden. Das Sozialparadies wird enden, die unproduktiven Dienstleister verarmen. Und wer nicht arbeiten will, wird hungern müssen. Dann werden wieder die alten Preußischen Tugenden statt Lust und Spaß zur Existenzgrundlage werden.

Wir haben unseren Wohlstandsaufstieg seit dem letzten Weltkrieg unserer Marktwirtschaft zu verdanken. Diese Marktwirtschaft ist aber durch immer mehr Staatsvorrang und Staatswirtschaft sowie durch Konzern- und Monopolwirtschaft unterhöhlt worden. Die mittelständische personale Wirtschaft bekam immer weniger Überlebensraum. Das hat sich anfangs noch wenig auf die Bevölkerung ausgewirkt, weil der echte Wohlstand

durch wachsende Verschuldung erst noch zu Scheinblüte und Scheinwohlstand aufgebläht wurde.

Wie sehr aber – ausgehend von der Europa-Planification nach französischem Vorbild – auch in Deutschland die Politik nicht mehr Diener des Bürgers war, sondern sich als Herr aufgespielt hat, wurde in der Corona-Diktatur deutlich. Gesunde Menschen vom gesellschaftlichen Leben auszuschließen, war Regierungspolitik, um ihr internationales Hilfsprogramm durchzuziehen.

Lassen wir den Staat weiter so wachsen, lenken und diktieren, verlieren wir nicht nur Wohlstand, sondern auch immer mehr Freiheit und Selbstverantwortung.

Schon Michels hat vor 100 Jahren vorausgesagt, dass alle Demokratien im Parteiklüngel zu Oligarchien und in Krisen sogar zu Diktaturen werden. Sind wir noch Demokraten genug, dieser Tendenz Einhalt zu bieten?



Prof. Eberhard Hamer.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Pr
of
.
Dr
.
Eb
er
ha

*rd
Ha
me
r
(*
15
. Au
gu
st
19
32
in
Me
tt
ma
nn
)
is
t
ei
n
de
ut
sc
he
r
Ök
on
om
. Se
in
Sc
hw
er
pu*

nk
t
is
t
di
e
Mi
tt
el
st
an
ds
ök
on
om
ie
. In
de
n
19
70
er
Ja
hr
en
gr
ün
de
te
er
da
s
pr
iv
at
ge

f
ü
h
r
t
e
M
i
t
t
e
l
s
t
a
n
d
s
i
n
s
t
i
t
u
t
N
i
e
d
e
r
s
a
c
h
s
e
n
i
n
H
a
n
n
o
v
e
r
u
n
d
v
e
r
ö
f
f
e
n
t
l
i
c
h
t
e
ü
b

er
20
Bü
ch
er
zu
m
Th
em
a
Mi
tt
el
st
an
d.
Ha
me
r
er
hi
el
t
19
86
da
s
Ve
rd
ie
ns
tk
re
uz
am
Ba
nd

e
de
s
Ve
rd
ie
ns
to
rd
en
s
de
r
Bu
nd
es
re
pu
bl
ik
De
ut
sc
hl
an
d.
Se
in
e
Ko
lu
mn
e
er
sc
he
in

t
ei
nm
al
wö
ch
en
tl
ic
h
au
f
PI
-
NE
WS
.